

Notizen

DAMIAN VAN MELIS

„DAS LETZTE JAHR DER SBZ IM PROZESS DER STAATSGRÜNDUNG DER DDR“

Tagung des Instituts für Zeitgeschichte München, Außenstelle
Berlin, vom 18. bis 20. November 1998 im Bundesarchiv Berlin

Wenige Monate vor dem zu erwartenden Jubiläumsmarathon zu den fünfzigsten Jahrestagen der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik führte das Institut für Zeitgeschichte München (Außenstelle Berlin) eine wissenschaftliche Tagung über den *Prozeß* der Staatswerdung der DDR durch. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand nicht das Gründungsdatum, sondern der Weg zur Staatsbildung sowie seine internationalen und innerdeutschen Rahmenbedingungen. Die der Tagungskonzeption zugrundegelegte Ausgangsthese richtete sich dabei auf 1948: Dieses Jahr bilde in der internationalen Politik, in der Deutschlandpolitik und im besonderen bei der Festigung der SED-Diktatur eine so bedeutende Zäsur, daß der formale Gründungsakt der ostdeutschen Republik und ihre weitere Geschichte im Lichte des Jahres 1948 betrachtet werden müßten.

Nach der Begrüßung durch *Professor Dr. Horst Möller* (München) begann die Tagung mit einem Zeitzeugenbericht des langjährigen Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion und Bundesministers a. D. *Wolfgang Mischnick*, der sich als junger Mann in der sächsischen Liberal-Demokratischen Partei (LDP) engagierte. Er betonte, daß die nationale Einheit das vordringlichste Ziel allen politischen Strebens seiner Partei gewesen sei. Bis zu seiner Auswanderung in den Westen hätten die sowjetischen und deutschen Kommunisten sein liberales jugendpolitisches Engagement wiederholt behindert und ihm schließlich sogar untersagt, nach seiner Wahl das Amt des stellvertretenden LDP-Landesvorsitzenden anzutreten. *Mischnick* hob hervor, daß solche obrigkeitstaatlichen Einschränkungen in der SBZ erst sukzessive zunahmen. Viele SED-Kritiker hätten deshalb zu unterschiedlichen Zeitpunkten keine eigenen Handlungsspielräume mehr gesehen und seien schließlich geflohen.

Zur Einbettung der Vor- und Frühgeschichte der DDR begann die Tagung mit einem einführenden Referat von *Professor Dr. Udo Wengst* (München) über die gesamtdeutschen und internationalen Ereignisse im „Schicksalsjahr“ 1948 (Hans-Peter Schwarz). Nachdem die Londoner Außenministerkonferenz im November und Dezember 1947 aufgrund der zunehmenden Differenzen zwischen den Alliierten erwartungsgemäß gescheitert war, hätten fast alle deutschen und alliierten Institutionen und Akteure die Wege zur „doppelten Staatsgründung“ (Christoph Kleßmann) forciert. Die Gründung der Bizone, der Zutritt des Parlamentarischen Rats oder die Londoner Sechsmächtekonferenz ohne die Beteiligung der Sowjetunion verhinderten nicht, daß alle Beteiligten – zumindest ver-

VfZ 47 (1999)

© Oldenbourg 1999

bal – größten Wert auf die nationale Einheit legten, da jeder Weg als der einzig richtige zum großen Ziel präsentiert wurde: Die einen suchten die Einheit auf dem Weg einer engeren deutsch-deutschen Kooperation und Annäherung, während die anderen Magnettheorien favorisierten, wonach das eigene Gesellschaftssystem dem je anderen so überlegen sei, daß der davon ausgeschlossene Bevölkerungsteil schon bald der attraktiveren Alternative zustreben werde. Daß zumindest Adenauer mit dieser Theorie nicht ganz falsch lag, habe sich nicht erst 1989/90, sondern schon vorher durch die teilweise dramatische Auswanderung aus der SBZ/DDR erwiesen.

Dr. Elke Scherstjanoi (Berlin) fragte nach den deutschlandpolitischen Absichten der sowjetischen Besatzungsmacht und stellte für 1948 einen „Mehrfachwechsel in den sowjetischen Vorgaben“ fest, den sie auf unklare deutschlandpolitische Konzeptionen im Kreaml zurückführte. Seit Mitte 1948 habe sich in der SBZ aber vor allem die Linie der SED durchgesetzt, also weitere Enteignungen und eine zunehmende politische Zentralisierung mitsamt der Verdrängung der bürgerlichen Partner der KPD/SED. Diese Linie sei in Moskau zwar umstritten gewesen, die sowjetische Führung habe sie im besetzten Deutschland aber unter anderem infolge der eigenen Unentschiedenheit und zahlreicher Fehleinschätzungen nicht mäßigen können. *Scherstjanoi* wies auf die erheblichen empirischen Unsicherheiten bei der Beurteilung der Rolle der Sowjetunion im besetzten Deutschland hin. Angesichts des noch immer stark beschränkten Zugangs zu russischen Quellen sei ein besonderes Augenmerk auf die deutsche Überlieferung zu legen. Dabei müsse der Frage nachgegangen werden, inwiefern die besonderen „Freiräume für radikale Entwicklungstendenzen“ in der SBZ/DDR gerade durch die Moskauer Führungsschwäche entstanden seien, die in den unterschiedlichen, teilweise sogar gegensätzlichen Anweisungen sichtbar geworden sei.

Obwohl die SED seit 1948 hinreichend stalinisiert gewesen sei, um von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) verstärkt als ordnungspolitisches Medium eingesetzt zu werden, betonte *Dr. Jan Foitzik* (Berlin) den eher prozeßhaften Charakter der Etablierung der SED-Diktatur: Der „Übergang von besatzungsrechtlichem Dirigismus zu besatzungsüberhoheitlichem Interventionismus“ und der „Prozeß der ‚inneren‘ Staatsgründung“ seien zeitlich zu strecken, da „gewichtige ordnungspolitische Einschnitte“ in verschiedenen Bereichen wie zum Beispiel der Polizei schon vor 1948 erzielt worden seien. Hinsichtlich der Handlungsspielräume der deutschen Kommunisten verwies *Foitzik* auf das generell hierarchische Verhältnis zwischen SMAD und SED. Doch habe die deutsche Seite zuweilen auch von den informellen Beziehungen einzelner SED-Funktionäre nach Moskau und vor allem von der „ideologisch motivierten generellen Zielidentität zwischen KPdSU und KPD/SED“ profitiert.

Theresia Bauer M. A. (München) referierte über die Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der National-Demokratischen Partei (NDPD) im Jahr 1948. Nach *Bauer* gingen die Neugründungen mit einer Krise der SBZ-Blockpolitik einher, die u. a. am mehrmonatigen Sitzungsausfall im Sommer 1948 sichtbar wurde. Die letztlich von der Besatzungsmacht herbeigeführten Neugründungen interpretierte sie als Ausdruck des politischen Versagens der SED, die CDU und LDP nicht mehr in den kommunistisch dominierten Parteieinklang einzubinden vermocht habe. Durch die Erweiterung des Blocks mit Hilfe der beiden neuen Parteien, deren Führungspersonal fast vollständig von der SED gestellt wurde, konnte die Blockkrise behoben werden, ohne daß CDU und LDP zwangsweise aufgelöst werden mußten, was Besatzungsmacht und SED aufgrund der erwarteten unliebsamen westdeutschen und außenpolitischen Reaktionen hatten vermeiden wollen.

PD Dr. André Steiner (Mannheim) untermauerte mit seinem Referat die bisherigen Forschungsergebnisse, wonach die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) schon 1948 eine bis in die Länder, Kreise und Städte wirksame politische Durchsetzungskraft gewann, die allen Zentralverwaltungen bis dahin gefehlt habe. Der schnelle Erfolg der später zum Kern der Regierung avancierten DWK habe auf der massiven sowjetischen Unterstützung beruht: Nach Steiner legte die SMAD infolge der 1948 immer deutlicher werdenden internationalen Teilungstendenzen immer weniger Wert auf die in ein Gesamtdeutschland integrierbaren föderalen Strukturen. Im Wirtschaftsbereich führte diese Entwicklung zu immer mehr Zentralismus und Planwirtschaft, was die Bewertung einzelner Betriebe stärker von volkswirtschaftlichen Zielen als von betriebswirtschaftlichen Kriterien abhängig machte.

Jutta Braunn M. A. (München) berichtete über die Anfänge der 1948 gegründeten Zentralen Kontrollkommission (ZKK), deren wichtigste Aufgabe es schon bald gewesen sei, als Untersuchungsorgan in Wirtschaftsstrafsachen aufzutreten. Diese Tätigkeit habe sie schon früh dazu genutzt, dem Sozialismus näher zu kommen, ohne dieses Ziel konkret anzusprechen: Seit Ende der vierziger Jahre forcierte die ZKK Enteignungen, indem sie die Eigentümer von begehrten Objekten, teilweise sogar von ganzen Branchen kriminalisierte und mitunter in Wirtschaftsschauprozessen verurteilte. Nach Braunn war das Ausmaß der dabei angewandten Willkür so groß, daß zahlreiche Juristen und selbst die Personalchefin der Deutschen Justizverwaltung, Hilde Benjamin, die Eingriffe ins Rechtswesen monierten.

Jens Gieseke M. A. (Berlin) referierte über die Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI) und die Vorgeschichte des geheimdienstlichen Polizeiapparats in der DDR. Besatzungsmacht und KPD/SED hätten die DVdI als machtpolitische Schlüsselstelle eingeschätzt und sie daher besonders konsequent mit „kommunistischen Vertrauenskadern“ besetzt. Diese hielten seit 1948 „zumindest die normative Federführung in Fragen der Personalpolitik“ in der SBZ fest in ihrer Hand. Nicht nur die Gründungsphase, sondern auch die von Gieseke weiterhin geschilderte Ausdifferenzierung der staatlichen Sicherheits- und Repressionsorgane, die seit 1950 zwei verschiedenen Ministerien zugeordnet waren, hätten strukturell unter einer „starken sowjetischen Prädominanz“ gestanden, die im einzelnen allerdings schwer einzuschätzen bleibe.

Den Blick auf die Entwicklung der Repressionsorgane in der SBZ/DDR setzte Dr. Hermann Wentker (Berlin) fort. Die Entwicklung des Justizwesens sei von 1945 bis 1947 von „ambivalenten sowjetischen Vorgaben und einem nur allmählich wachsenden SED-Einfluß“ gekennzeichnet gewesen. Daher verortete Wentker die justizpolitische Zäsur eindeutig im Jahr 1948, als die SED begann, sich systematisch dem Umbau des Justizwesens zuzuwenden. Sie habe damit begonnen, die staatlichen Justizverwaltungen in Berlin und in den Ländern politisch stärker anzuleiten, und die seit Ende 1947 angelaufenen NS-Prozesse zu ersten grundlegenden Strukturveränderungen zwischen Gerichten, Staatsanwaltschaften und Polizei genutzt. Im Vergleich zu diesen Eingriffen in die Personalauswahl und die institutionellen Strukturen des Justizwesens sei die Staatsgründung von 1949 nur von nachgeordneter Bedeutung.

Dr. Dierk Hoffmann (Berlin) referierte vor dem Hintergrund der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik über die politischen Auseinandersetzungen um die Kommunalisierung oder Zentralisierung der Arbeitsämter in der SBZ. Innerhalb der KPD/SED-Leitung habe sich ein Konflikt ergeben zwischen alten programmatischen Kommunalisierungsforderungen und dem Anliegen einer zentralen Wirtschafts- und Arbeitskräftelenkung auf

einer möglichst hohen, also zonalen oder landespolitischen Ebene. Nach *Hoffmann* fiel die endgültige Entscheidung für eine zonenweite Zentralisierung der Arbeitsämter erst infolge des zunehmenden Ausbaus der Zentralverwaltungen, den die sowjetische Besatzungsmacht seit 1948 gestattete, und dem damit einhergehenden Übergang zur Planwirtschaft, in deren Konzept „kein Platz mehr für kommunale Entscheidungsstrukturen war“.

Dr. Michael Schwartz (Berlin) berichtete über die Politik gegenüber den Umsiedlern, die von 1948 bis 1950 in eine Krise geraten sei, weil deren Belange mit zentralen Zielen der SMAD und der SED-Führung kollidiert seien: erstens, mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, zweitens, mit der Unterdrückung der wachsenden und aus dem Westen stimulierten Tendenz zur Selbstorganisation und eigenen Interessenartikulation der Umsiedler und, drittens, mit der Einstellung der flüchtlingspezifischen Sozialpolitik. In den ersten beiden Bereichen hätten sich die Kommunisten in groben Zügen durchgesetzt, im letzteren aber erst mit erheblicher Zeitverzögerung. Die Nichtanerkennung der neuen Ostgrenze in der Mehrheit der DDR-Bevölkerung und die Grenzen der Repressionspolitik im Bereich der Flüchtlinge und Vertriebenen aufgrund ihrer Binnenkommunikation, informellen sozialen Beziehungen, kirchlichen „Schutzräume“ und zahlreichen individuellen Westkontakte hätten dazu beigetragen, jene Kräfte des SED-Regimes zu stärken, die in der Sozialpolitik noch bis 1952/53 eine gewisse Sonderförderung dieser Gruppen zu sichern versuchten.

Für das Bildungswesen der DDR stellte *PD Dr. Gert Geißler* (Berlin) fest, daß die SED nur teilweise dazu in der Lage gewesen sei, „den von ihr beanspruchten Herrschaftsraum des Bildungswesens strukturell, personell und ideologisch wirkungsvoll zu besetzen“. Einflußreicher als die bildungspolitischen Instanzen der SED seien die der Besatzungsmacht gewesen, die sich auf der zonalen Ebene ebenso wie in den Ländern und Kreisen der staatlichen Bildungsverwaltungen bedient hätten. Die SED habe die Machtstellung der im Zuge der offiziellen DDR-Gründung aufgelösten SMAD nicht sofort übernehmen können, so daß die relative Eigenständigkeit der Länder und der Kreise ebenso wie die der staatlichen Verwaltungsapparate im Bildungswesen noch einmal bis in die fünfziger Jahre vorübergehend gestärkt worden sei.

Dr. Rüdiger Schmidt (Münster) Vortrag belegte die schroffe und häufig willkürliche Wirtschaftspolitik der KPD/SED. Nach der ersten, auf die Entnazifizierung bezogenen Enteignungswelle habe die SED die Zersetzung marktwirtschaftlicher Regelungsmechanismen durch den Ausbau etatistischer Planung forciert. Dabei seien nicht nur große Betriebe ins Visier der Kommunisten gekommen, sondern zunehmend auch der gewerbliche Mittelstand, der zahlreiche staatseigene Firmen belieferte. Über die Enteignung kleiner und mittelständischer Unternehmer und die Überführung ihrer Firmen in „Volkseigentum“ (VEB) oder in „Kommunale Wirtschaftsunternehmen“ (KWU) sei anhand willkürlicher Kriterien wie der Auswanderung in den Westen oder der Grenze von zehn Mitarbeitern zur Unterscheidung zwischen Handwerksbetrieben und „privater Kleinindustrie“ entschieden worden.

Dr. Arnd Bauerkämper (Potsdam) stellte in der Agrarpolitik für das Jahr 1948 eine Phase der „Radikalisierung, Zentralisierung und Verstaatlichung“ fest, da zunehmend mehr Bereiche der Landwirtschaft in das staatliche Plansystem integriert worden seien, die Politik der SED sich verstärkt gegen „Großbauern“ gerichtet und die weniger an Sachkompetenz als an politischen Glaubensfragen orientierte SED-Personalpolitik nun auch in zunehmendem Maße die Landwirtschaftsverwaltung geprägt habe. Da der rigorose Zugriff

der SED in „den dörflichen Milieus“ aber an wahrnehmbare Grenzen stieß, wollte *Bauerkämpfer* das Jahr 1948 nicht als Zäsur, sondern als „Verdichtungs- und Bündelungszone“ verstanden wissen.

Die von der Tagungsleitung vorgegebene Frage nach zeitlichen Zäsuren in der Vor- und Frühgeschichte der DDR bildete den roten Faden und die inhaltliche Klammer für die gesamte Konferenz und ihre Diskussionen. Der Frage nach dem Zäsurcharakter des Jahres 1948 und dem vorwiegend heuristischen Wert von scharfen zeitlichen Markierungen ging daher auch *Möller* in seinem Beitrag zum Abschluß der Tagung nach: Neben der Betonung von *einzelnen* Zäsuren müsse auch der Prozeßcharakter des Wandels hervorgehoben werden. Dazu sei die Bezugnahme auf andere gesellschaftsgeschichtliche Einschnitte wie die Kollektivierung in der Landwirtschaft seit 1952, die Staatsgründung 1949 und die schon Ende 1945 in weiten Bereichen durchgeführten Strukturveränderungen durch Bodenreform, Sequestrierungen und Entnazifizierung unerlässlich. Die einzelnen Studien hätten die Notwendigkeit unterstrichen, die zahlreichen Handlungsspielräume in der SBZ/DDR anhand einzelner Institutionen, Sachbereiche und geographischer Einheiten auszuloten. Gegen eine *allzu* weitgehende Differenzierung spreche allerdings, daß sich diese Handlungsspielräume fast ausschließlich in dem Rahmen finden lassen, den die sowjetischen und deutschen Kommunisten zuzugestehen bereit waren.

In ihren einleitenden Referaten hatten *Wengst* und *Scherstjanoi* herausgearbeitet, daß alle politischen Akteure die nationale Einheit immer wieder als das übergeordnete Ziel ihrer Aktivitäten herausstellten. Die Politiker in Ost und West bedienten mit diesen Beschreibungen der jeweils eigenen Intentionen ein öffentliches Bedürfnis, das noch jahrzehntelang bestehen blieb. Ganz offensichtlich hatten diese Aussagen aber nur wenig mit der konkreten Politik und der gesellschaftlichen Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands zu tun, denn in der großen gesellschaftsgeschichtlichen Themenvielfalt der anderen Referate spielte dieses angeblich prioritäre Motivationselement kaum eine Rolle.

Der im Laufe der Jahrzehnte immer tiefer gewordene Graben zwischen nationaler Einheitsrhetorik und den jeweils internen gesellschaftspolitischen Entwicklungen beider deutscher Staaten schien schon 1948 so groß gewesen zu sein, daß keine Seite mehr ihre gesellschaftspolitischen Festlegungen zugunsten der nationalen Einheit zur Disposition stellen wollte. Dies veranschaulichte die Tagung anhand von zahlreichen Aspekten der SBZ-Innenpolitik mit ihrer sich radikalierenden Eigendynamik, die *Schwartz* als „auto-poetisch“ bezeichnete, da sie an Rückmeldungen aus der Gesellschaft ebensowenig interessiert war wie an internationalen oder eben gesamtdeutschen Rückwirkungen. Die auf lokaler, regionaler und häufig sogar auf zentraler Ebene unumstrittene Handlungskompetenz gläubiger Kommunisten eilte den außenpolitischen Abwägungen und Unsicherheiten Moskaus anscheinend immer einige Schritte voraus, so daß die Frage der deutschen Einheit nicht auf dem Gebiet der Außenpolitik, sondern auf dem der Gesellschaftspolitik entschieden wurde.

CHRISTIAN HARTMANN

HITLER. REDEN, SCHRIFTEN, ANORDNUNGEN:
FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Ein abgeschlossenes Editionsprojekt
des Instituts für Zeitgeschichte

1925 noch eine politische Randerscheinung, wurde Hitler in weniger als acht Jahren zum Gravitationszentrum der deutschen Politik. Die Frage, wie das geschehen konnte, beschäftigt Forschung und Öffentlichkeit nach wie vor. Denn im Februar 1925, als Hitler mit ganz wenigen Getreuen die NSDAP wiedergründete, deutete nichts darauf hin, daß ausgerechnet er im Januar 1933 Reichskanzler werden würde. Die nun abgeschlossene Edition HITLER. REDEN, SCHRIFTEN, ANORDNUNGEN: FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933, deren letzter Teilband (V/2) im August 1998 erschienen ist¹, will zur Klärung dieser Frage beitragen, indem sie alle bekannt gewordenen und sicher belegten Zeugnisse Hitlers aus diesen entscheidenden Jahren zugänglich macht. Daß daraus nicht weni-

¹ Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, 5 Bde. in 12 Teilbänden, München 1992–1998.

- Bd. I: Die Wiedergründung der NSDAP, Februar 1925–Juni 1926. Hrsg. u. komm. v. Clemens Vollnhals
- Bd. II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl
Teil 1: Juli 1926–Juli 1927. Hrsg. u. komm. v. Bärbel Dusik
Teil 2: August 1927–Mai 1928. Hrsg. u. komm. v. Bärbel Dusik
- Bd. II A: Außenpolitische Standortbestimmung nach der Reichstagswahl, Juni–Juli 1928. Hrsg. u. komm. v. Gerhard L. Weinberg, Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit
- Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen
Teil 1: Juli 1928–Februar 1929. Hrsg. u. komm. v. Bärbel Dusik und Klaus A. Lankheit unter Mitw. v. Christian Hartmann
Teil 2: März 1929–Dezember 1929. Hrsg. u. komm. v. Klaus A. Lankheit
Teil 3: Januar 1930–September 1930. Hrsg. u. komm. v. Christian Hartmann
- Bd. IV: Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl
Teil 1: Oktober 1930–Juni 1931. Hrsg. u. komm. v. Constantin Goschler
Teil 2: Juli 1931–Dezember 1931. Hrsg. u. komm. v. Christian Hartmann
Teil 3: Januar 1932–März 1932. Hrsg. u. komm. v. Christian Hartmann
- Bd. V: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung
Teil 1: April 1932–September 1932. Hrsg. u. komm. v. Klaus A. Lankheit
Teil 2: Oktober 1932–Januar 1933. Hrsg. u. komm. v. Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit.

Ein sechster Band mit einem kumulierten Personen- sowie einem Orts- und Sachregister ist in Vorbereitung. Dieser Band wird auch die wenigen Nachträge enthalten, die während der Jahre 1992 bis 1998 aufgetaucht sind und nicht mehr in die laufende Edition eingearbeitet werden konnten.

VfZ 47 (1999)

© Oldenbourg 1999

ger als 12 Teilbände mit einem Gesamtumfang von immerhin 5059 Seiten geworden sind, hat selbst Spezialisten überrascht, wurden hier doch ausschließlich die öffentlichen Reden Hitlers sowie die von ihm autorisierten Schriftstücke publiziert, nicht aber Berichte über Äußerungen und Gespräche Hitlers, wie sie in Briefen, Tagebüchern oder Memoiren von Zeugen überliefert sind.

Wenn es für die Jahre 1925 bis 1933 bislang keine Edition aller einschlägigen Hitler-Dokumente gab, für alle übrigen Lebensabschnitte und Tätigkeitsbereiche Hitlers aber schon², dann war das kein Zufall. Gerade für die Zeit von 1925 bis 1933 war eine systematische Sammlung der Quellen besonders schwierig: Die Tätigkeit Hitlers war noch nicht an staatliche Institutionen gebunden, die NSDAP war bis 1930 nur eine Splitterpartei, mit entsprechend geringem Papierausstoß, der nicht selten beschlagnahmt oder am Ende des Zweiten Weltkriegs vernichtet oder verstreut wurde. Andererseits läßt sich Hitlers Lebensweg beileibe nicht mehr auf das Biographische reduzieren, wie etwa für die Jahre 1889 bis 1920, sein Aktionsradius beschränkte sich nicht mehr in erster Linie auf den Raum München und Bayern, wie während des folgenden Zeitraums von 1920 bis 1923. Hitler war – wie allein schon ein kleiner Ausschnitt seiner Redeorte beweisen würde – ständig im Deutschen Reich unterwegs; seit September 1930 wurde er zu einem der wichtigsten politischen Akteure, Hitler geriet nunmehr in einem immer stärkeren Maß mit der Politik der Reichs-, aber auch der Länderregierungen in Konflikt und begann schon dadurch deren Entscheidungen zunehmend zu beeinflussen.

Die Forscher des Instituts für Zeitgeschichte, die schon in den ausgehenden siebziger Jahren mit den ersten Arbeiten an diesem Projekt begannen, mußten deshalb so gut wie alle einschlägigen deutschen, österreichischen, aber auch viele andere ausländische Archive und Bibliotheken nach relevanten Quellen durchforsten. Daß sich seit 1989/90 die Möglichkeit bot, diese Recherchen auch auf die ehemalige DDR und auf Polen auszudehnen, erwies sich als ein besonderer Glücksfall, bot sich hier doch erstmals die Möglichkeit, Hitlers Politik und seine Redeauftritte in Mittel- und Ostdeutschland systematisch nachzuweisen. Obwohl diese Gebiete nicht selten Hochburgen der NSDAP waren, ist deren Geschichte bis 1945 nach wie vor kaum erforscht.

Man würde den Möglichkeiten, die diese Edition bietet, kaum gerecht, wenn man in ihr lediglich ein Stück biographischer Grundlagenforschung sähe, die Hitlers Politik in einer bislang unbekanntem Dichte und Präzision rekonstruiert, die alle Zeugnisse versammelt, die über Hitlers Weltanschauung, mehr noch über seine Propaganda und Rhetorik Auskunft geben. In den Dokumenten selbst, aber auch in der Kommentierung der Edition geraten immer auch jene Personen, Gruppen und Organisationen ins Blickfeld, die Hitlers Karriere erst ermöglicht haben. Denn „die schwer entschlüsselbare Korrespondenz, die der Mann mit dieser Zeit und die Zeit mit diesem Mann eingingen“ – so Joachim Fest³ –, ist ja bereits formal in Hitlers Zeugnissen angelegt, die fast immer an ein Gegenüber ge-

² Im Vorwort zum ersten und letzten Band dieser Edition (Bd. I, bzw. Bd. V/2) sind alle übrigen, bisher erschienenen Hitler-Editionen genannt. Eine weitere Lücke hat das Institut für Zeitgeschichte mit der folgenden Edition geschlossen: Der Hitler-Prozeß 1924. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I. Hrsg. u. komm. von Lothar Gruchmann und Reinhard Weber unter Mitarbeit von Otto Gritschneider, Teil 1: 1.–4. Verhandlungstag, München 1997; Teil 2: 5.–11. Verhandlungstag, München 1998, Teil 3: 12.–18. Verhandlungstag, München 1998. Das Erscheinen des vierten Bandes steht unmittelbar bevor.

³ Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973, S. 22.

richtet sind. Aus dieser Edition ist deshalb auch das große Panorama einer Zeit geworden, in dem eine Fülle von wenig oder völlig unbekanntem Informationen über Hitlers Anhänger, Verbündete und Gegner zu entdecken ist. Für die Hitler-, für die NS- und für die Weimar-Forschung wird sie deshalb gleichermaßen unentbehrlich sein.

Derartige Überlegungen wurden jedenfalls am 22. Januar 1999 geäußert, als das Institut für Zeitgeschichte diese neue (und vermutlich letzte große) Hitler-Edition der Öffentlichkeit vorstellte. Der Direktor des Instituts, *Horst Möller*, ordnete das Projekt zunächst in die Forschungstradition des Instituts ein und betonte, daß es mit dem Abschluß dieses Großprojekts einmal mehr seine Kompetenz auf dem Gebiet der NS-Forschung unter Beweis gestellt habe, die nach wie vor eines der zentralen Arbeitsgebiete des Instituts bleibe. Zum wissenschaftlichen Ertrag dieser Edition äußerte sich dann ein Podium aus vier Wissenschaftlern. Dies waren – neben *Christian Hartmann* als einem der Editoren – *Ian Kershaw*, *Frank-Lothar Kroll* und *Andreas Wirsching* – also ausnahmslos Forscher, die in den letzten Jahren intensiv mit dieser Edition gearbeitet und – mit Ausnahme des Editors – auch jüngst richtungweisende Arbeiten⁴ zur Hitler-, NS- und Weimar-Forschung vorgelegt haben. *Kershaw* hob hervor, wie wichtig diese Edition für seine Hitler-Biographie gewesen sei, und demonstrierte an verschiedenen Beispielen, wo sie ihm entscheidend weitergeholfen habe; *Kroll* machte deutlich, wie geschickt Hitler seine Weltanschauung propagandistisch verwerten konnte, wie sehr er sich den Erwartungen seiner Zeitgenossen anzupassen verstand, ohne an den Kernaussagen seiner Ideologie Abstriche zu machen, etwa wenn er nach den ersten großen Wahlerfolgen fast völlig auf antisemitische Propaganda verzichtete; *Wirsching* wiederum führte den großen Wert dieser Edition für die Geschichte der Weimarer Republik vor Augen, zeigte etwa am Beispiel des Antikommunismus auf, wie Hitler diese weit verbreitete Strömung in der deutschen Gesellschaft propagandistisch, aber auch politisch aufgriff, um damit den nationalsozialistischen Terror wie überhaupt die Machteroberungsstrategien der NSDAP zu legitimieren. Anhand von sechs ausgewählten Fragestellungen (Hitlers Politik, Propaganda und Führungsstil sowie Hitlers Anhänger, Verbündete und Gegner) faßte schließlich *Hartmann* seine Beobachtungen zusammen, die er während seiner mehrjährigen Arbeit an der Edition gemacht hatte.

Im Anschluß an diese Präsentation wurde intensiv, teilweise auch kontrovers über den Aufstieg des Nationalsozialismus diskutiert. Einigkeit bestand jedoch darüber, daß diese Edition einmal mehr bewiesen habe, wie wichtig eine präzise, unvoreingenommene Offenlegung aller Quellen gerade auf einem Gebiet wie dem der NS-Geschichte ist.

⁴ Vgl. Ian Kershaw, *Hitler 1889–1936*, Stuttgart 1998; Frank-Lothar Kroll, *Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich*, Paderborn 1998; Andreas Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39*. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.

Abstracts

Hans-Peter Schwarz, The Kiesinger Government and the Czechoslovakian Crisis in 1968.

Beginning in April 1968, as part of a policy of getting involved again in Eastern Central Europe and the Balkans pursued since 1963, Bonn hoped to normalize German-Czechoslovakian relations at last. At the same time restraint was exercised so as not to jeopardize reforms in Prag. Certainly in this situation too, a subordinate value assigned to relations with the ČSSR was suited to the Federal Republic's calculations regarding Eastern Europe. Accusations, including those by French Président de Gaulle too, that Bonn's position was partially responsible for the Soviet invasion do not, however, hold up. Suppression of the „Prague Spring“ proved to be significant in the years following. An internal evolution in the communist world seemed actually possible even if room for manoeuvre was much narrower than was originally assumed. Furthermore, the Soviet Union could see in this fresh confirmation that the East Bloc would be respected afterwards, as before, as its „chasse gardée“. In the future, the Federal Republic made no attempts to pursue *Ostpolitik* which circumvented the Soviet Union.

Dieter Ziegler, The Banishment of the Jews from the Dresdner Bank 1933–1938.

This article, based on personnel records, examines the context in which Jewish employees were banished from the Dresdner Bank. Although the bank, stateowned since 1931, was forced to apply the *Berufsbeamtengesetz*, the flawless implementation of these anti-Jewish measures cannot be explained solely by the suppressive character of the Nazi regime. Contrary to customary belief, several instances in which bank officers helped former employees, prove that opportunities to circumvent the de-Judaization process did exist. The reasons for the overall success of the Nazis' anti-Jewish policy were varied, though anti-Semitism, which was widespread in German society, was foremost among them. Secondly, emergency decrees dating from the final days of the Weimar Republic were used as a model for legislation which empowered the state to intervene in personnel matters of the banking industry. Under a guise of legitimacy, these actions anticipated further anti-Semitic measures which limited the banks' freedom to act. Thirdly, in 1932 the pensioning off of nearly 25% of all employees left only a few elderly bank officers remaining in managerial positions. As a result, the number of retirements for the foreseeable future had been considerably reduced, and the prospects for advancement of young employees who had just begun their careers thereby limited. Thus, many non-Jewish employees personally profited from the anti-Semitic policies of the Dresdner Bank.

Regina M. Delacor, „Extradition upon Request“. The German-French Armistice of 1940 and the fate of Rudolf Breitscheid and Rudolf Hilferding.

One of the requirements set forth in the German-French armistice of 1940 was that the French government, at the request of German authorities, had to hand over prisoners of war, civilian prisoners and wanted Germans held in French custody. This went against France's republican sense of honor and her long tradition of granting political asylum. However, after a short while, the initially vehement resistance to the extradition clause

VfZ 47 (1999)

© Oldenbourg 1999

changed to acceptance as collaboration between German and French police grew and became firmly established. Political coercion by an occupying power only partially explains the readiness to cooperate. Indeed, the interests of the „Etat français“ coincided with those of the German occupiers when it came to removing unwanted persons from French territory. The extradition of Rudolf Breitscheid and Rudolf Hilferding, social democrats who took political refuge in France, illustrates how the Vichy Régime, despite its room for manoeuvre, became a henchman of Germany.

Martin Kröger/Roland Thimme, The Politische Archiv of the German Foreign Office 1939–1945.

In reports on the fate of German archives in time of war, the *Politische Archiv* of the German Foreign Office is seldom referred to. A detailed examination of the *Politische Archiv* which, in contrast to all other state archives, was not subject to any administrative control, has as yet not been made available. This essay tells about the safeguarding of, the evacuation of, loss of and return of archival material. It also evaluates the political significance the confiscated documents had for the respective victors. The rescue of irreplaceable diplomatic records from the ravages of war was not just ideological. Decisive was the awareness of all concerned that they were responsible for preserving historical materials.

Thomas Schlemmer, McCloy's Emissaries to Local Regions. Democratization Endeavours by Kreis Resident Officers 1949–1952.

In 1949, to strengthen the democratic foundation of the young Federal Republic of Germany, the U. S. High Commission for Germany began a large scale reorientation program which aimed to alter the political climate of West Germany. Directly responsible for the implementation of projects were *Kreis Resident Officers*, who, often with missionary zeal, endeavored to prepare the ground for a living democracy. They organized non-partisan citizens' associations, encouraged public meetings, supported the interests of women and young people, concerned themselves with political education, opened public reading rooms and sponsored exchange programs as well as German-American clubs. Nothing clear-cut came of these efforts at democratization. On the one hand, one meets up with many unfinished projects and much busyness. Many Resident Officers quickly became unpopular by their pompous behaviour, while others resigned themselves in the face of the opposition of conservative forces. After the Resident Officers stopped their work in 1952, it wasn't long before the organizations and networks, they had so laboriously built up, fell apart. On the other hand, the Resident Officers made no small contribution toward putting into practice the rules of democracy and in promoting understanding between Germans and Americans.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. *Hans-Peter Schwarz*, Ordinarius für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Universität Bonn und Direktor des Seminars für Politische Wissenschaft (Lennéstr. 25, 53133 Bonn); veröffentlichte zuletzt „Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten“ (Berlin 1998).

Dr. *Dieter Ziegler*, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Rahmen des Forschungsprojekts „Die Geschichte der Dresdner Bank 1931–1957“ am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (Mommensenstr. 13, 01062 Dresden); veröffentlichte u. a. „Das Korsett der ‚Alten Dame‘. Die Geschäftspolitik der Bank of England 1844–1913“ (Frankfurt a. M. 1990); „Eisenbahnen und Staat im Zeitalter der Industrialisierung. Die Eisenbahnpolitik der deutschen Staaten im Vergleich“ (Stuttgart 1996).

Regina M. Delacor, M. A., Lehrbeauftragte für deutsche Zeitgeschichte am Institut d'Etudes Politiques de Paris und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Historischen Institut (8, rue du Parc Royal, 75003 Paris); arbeitet über die französische Internierungspolitik in den Jahren 1938 bis 1946.

Dr. *Roland Thimme*, bis 1996 Mitarbeiter in der Internationalen Historikerkommission zur Herausgabe der Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (Breslauer Straße 108, 53340 Meckenheim); veröffentlichte u. a. gemeinsam mit Martin Kröger „Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik“ (München 1996).

Dr. *Martin Kröger*, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Bonn (Rathausstr. 24, 51143 Köln); veröffentlichte u. a. zusammen mit Jost Dülffer und Rolf Harald Wippich „Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg 1856–1914“ (München 1997).

Dr. *Thomas Schlemmer*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte (Leonrodstr. 46b, 80636 München); veröffentlichte u. a. „Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955“ (München 1998) und arbeitet derzeit an einer Studie über den sozioökonomischen Strukturwandel der fünfziger und sechziger Jahre am Beispiel der bayerischen Boom-Region Ingolstadt (vgl. auch die Notiz in den VfZ 46 (1998), S. 311–325).